

# Stich ins Wespennest

Länder wehren sich gegen Spahns „Faire-Kassenwahl-Gesetz“

**Das „Faire-Kassenwahl-Gesetz“ von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn stößt auf massiven Widerstand. So lehnen die Bundesländer die geplante bundesweite Öffnung der Regionalkassen entschieden ab. Bei der Gesundheitsministerkonferenz, die im Juni in Leipzig stattfand, sprachen sich alle Teilnehmer für den Erhalt föderaler Strukturen im Gesundheitswesen aus.**

Da die Anforderungen an die Gesundheitsversorgung regional unterschiedlich seien, müssten entsprechende Versorgungsangebote diesen Besonderheiten und Bedürfnissen der Patienten auch Rechnung tragen. Das sieht auch die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) so: „Eine regionale Versorgung braucht regional orientierte Kostenträger“, heißt es in einem Beschluss der KBV-Vertreterversammlung. Gelebte Regionalität dürfe nicht geschwächt werden. „Die Kassenärztlichen Vereinigungen der Länder fordern die Bundesregierung und den Bundestag deshalb auf, bundesweit einheitliche Vorgaben zu überprüfen, ob sie für eine am Patienteninteresse ausgerichtete Versorgung nötig sind.“

Mit seinem Vorschlag, bislang nur regional tätige Krankenkassen – allen voran die AOKen – bundesweit zu öffnen, hat Jens Spahn also in ein Wespennest gestochen. Das war ihm wahrscheinlich wohl bewusst, da der ehrgeizige CDU-Politiker schon des Öfteren durch provokative Vorschläge für Schlagzeilen gesorgt hat. Seinen Vorstoß, die Liposuktion per Rechtsverordnung zur Kassenleistung zu erklären, musste er nach massiver Kritik der Selbstverwaltung zurückziehen. Die Öffnung der Regionalkassen ist deshalb so brisant, weil diejenigen Kassen, die aufgrund ihrer Versichertenstruktur niedrige Beitragssätze haben, für Versicherte aus dem gesamten

Mit dem Vorschlag, bislang regional tätige Krankenkassen bundesweit zu öffnen, stach der Bundesgesundheitsminister mitten in ein Wespennest.

Bundesgebiet wählbar werden. Das Ministerium hatte sich dadurch eine „Stärkung des Wettbewerbs“ versprochen.

## Kritik aus allen Reihen

Der Gegenwind, der sich daraufhin aus dem AOK-Lager – und nicht nur von dort – erhob, war heftig und einmütig: Der AOK-Bundesverband kritisierte „machtpolitischen Zentralismus und finanzielle Gleichmacherei“. Auch die AOK Bayern sprach sich gegen die „Zentralisierungspläne“ des Bundesgesundheitsministers aus. „Die Öffnung wird zu einem knallharten Preiswettbewerb um junge und gesunde Versicherte führen, zulasten der Kranken“, befürchtet Ivor Parvanov, Verwaltungsratsvorsitzender der AOK Bayern und Geschäftsführer Sozial- und Gesellschaftspolitik der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw).

Der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), Dr. Gerald Quitterer, sieht die Patientenversorgung ebenfalls gefährdet und warnt: „Ich sehe keinen Vorteil darin, regionales Know-how und funktionierende Strukturen in Bayern zu zerschlagen.“ Dr. Rüdiger Schott, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB), unterstrich dies weiter: „Was der Bundesgesundheitsminister vorhat, zielt auf einen reinen Wettbewerb der Krankenkassen zulasten der Versicherten ab. Wir sehen durch eine solche Entwicklung das hohe Niveau in der Zusammenarbeit in Gefahr, das wir gemeinsam mit unseren regionalen Partnern erzielt haben.“

Kritik übte auch der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbands, der die Reformpläne als „Generalangriff auf Selbstverwaltung und Sozialpartnerschaft“ zurückwies. Der Gesetzentwurf habe das Potenzial, Beschlussgremien wie etwa den Gemeinsamen Bundesausschuss oder den Medizinischen Dienst des GKV-Spitzenverbands zu schwächen.

## Huml: „Spahn auf gefährlichem Irrweg“

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn aufgefordert, seinen umstrittenen Vorschlag aufzugeben. Huml betonte: „Jens Spahn befindet sich auf einem gefährlichen Irrweg. Denn regional engagierte Kranken- und Pflegekassen sind unverzichtbar. Wenn das Herzstück der wohnortnahen Versorgung zerschlagen wird, geht dies letztlich zulasten der Patientinnen und Patienten.“





Fotos: Aleksy/stock.adobe.com

## Länder lehnen Zentralisierung ab

Durch die bundesweite Öffnung der Kassen möchte das Ministerium auch eine einheitliche Rechtsaufsicht durch das Bundesversicherungsamt erreichen. Bislang unterstehen die regionalen Krankenkassen den Gesundheitsministerien des jeweiligen

Bundeslandes. Das BMG sieht darin Wettbewerbsverzerrungen durch Unterschiede im Aufsichtshandeln. Dieser Teil der Spahn-Pläne erweckte wiederum Unmut in den Bundesländern. In ungewohnter Einigkeit erklärten alle 16 Gesundheitsminister: „Die Länder sehen auf zentrale Steuerung ausgerichtete Eingriffe in das regionale Versorgungsgeschehen mit großer Sorge und lehnen weitere Zentralisierungen im Gesundheitswesen ab.“

Im Sturm der Kritik ging fast unter, dass es durchaus auch Lob für den Referentenentwurf gab. Und das kommt von den Mitbewerbern der AOKen. So erkennt der Vorsitzende der DAK-Gesundheit, Andreas Storm, einen „wesentlichen Beitrag für mehr Fairness im Wettbewerb zwischen den Kassen“ in Spahns Vorstoß. „Positiv überrascht“ äußerte sich Franz Knieps, Chef des Dachverbands der Betriebskrankenkassen. Er sei dem Minister

dankbar dafür, dass er das „antiquierte Organisationsrecht“ der Kassen angehe. Trotzdem ist es angesichts des massiven Widerstands mehr als zweifelhaft, dass das Gesetz wie geplant am 1. Januar 2020 in Kraft tritt.

Tobias Horner,  
Ingrid Scholz



Anzeige



## Werden Sie schon gefunden? Zahnarztsuche der BLZK

Sie haben Ihre Praxis in Bayern?  
Tragen Sie sich kostenfrei ein.



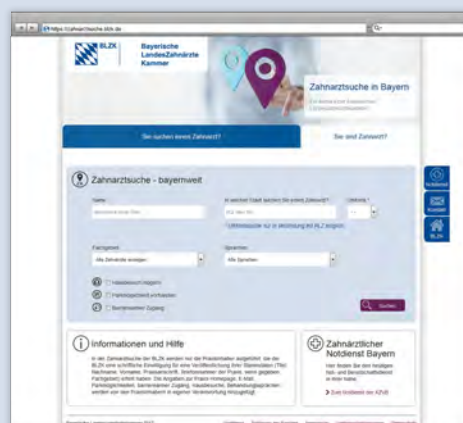
<https://qm.blzk.de/eintrag-zahnarztsuche>  
Informationen und Einwilligungserklärung

Veröffentlicht werden dann die Stammdaten

- Praxisinhaber, Anschrift, Telefon
- wenn gegeben: Fachgebiet (KFO, Oral-, MKG-Chirurgie)

Optional können Sie selbst Zusatzdaten hinterlegen

- E-Mail, Homepage
- Parkplätze, barrierearmer Zugang, Hausbesuche
- weitere Behandlungssprachen



<https://zahnarztsuche.blzk.de>



Bayerische  
LandesZahnärzte  
Kammer